

VERANSTALTUNGSBERICHT

Tobias Müller

Titel:	Perceptions of U.S. Foreign Policy in East Asia
Thema:	Meinungen und Perspektiven asiatischer Wissenschaftler zur amerikanischen Außenpolitik
Veranstalter:	The Brookings Institution – Center for Northeast Asian Policy Studies
Art:	Podiumsdiskussion
Datum:	28.06.06

Dr. Wonhyuk Lim (Südkorea), Mitarbeiter des *Korea Development Institute* und des *Korea National Strategy Institute*, beschrieb kurz den hohen Stellenwert des Ziels einer koreanischen Wiedervereinigung in der Außenpolitik Südkoreas. Es gäbe zwei Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. Zum einen könne der stärkere Staat den Schwächeren eingliedern, so wie dies in Deutschland der Fall gewesen sei. Zum anderen könne man versuchen, eine Wiedervereinigung im gegenseitigen Einvernehmen zu erreichen. Eine solche Übereinkunft erfordere allerdings eine vorhergehende Phase der Aussöhnung zwischen Nord- und Südkorea. Jedoch könnten beide Staaten sich nur dann näher kommen, wenn ein solcher Versöhnungsprozess auch auf internationaler Ebene stattfände. Aus diesem Grund würde jede gegen China gerichtete Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Korea kritisch gesehen. So befürchte man, dass die jetzige politische Ausrichtung der Bush-Regierung den koreanischen Einigungsprozess herauszögere. Obwohl die Mehrheit der Südkoreaner den Glauben an Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft mit den Amerikanern teile, würden zunehmend Stimmen laut, die die Allianz zwischen beiden Staaten als Euphemismus für die machtpolitische Eindämmung Chinas bezeichneten. Unglücklich sei auch die bisherige Teilnahme koreanischer Truppen an amerikanischen Militäraktionen in Vietnam und im Irak. Beide Länder ständen als Synonyme für ein militärisches und vor allem politisches Fiasko für die Vereinigten Staaten. Dementsprechend schlecht sei die Wirkung dieser Kooperationen auf die koreanische Öffentlichkeit. Bezüglich einer südostasiatischen Freihandelszone, die auch die Vereinigten Staaten beinhalten könne, gebe es zahlreiche Gegenstimmen im Land. Die endgültige Position Südkoreas sei daher noch unklar.

Dr. Alexander Voronsov (Russland), Leiter des *Department for Korean and Mongolian Studies* am *Institute of Oriental Studies* der *Russischen Akademie der Wissenschaften*, erklärte, dass Moskau generell die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Südostasien unterstütze. Das Ziel einer Stabilisierung der Region und das Streben nach der Verbreitung von Demokratie entsprächen auch den russischen Ambitionen in Asien. Jedoch sei man nicht immer eins mit den angewandten Mitteln zur Erreichung dieser Ziele. So befände man den

amerikanischen Unilateralismus im Irak als wenig förderlich. Trotz gelegentlicher Spannungen mit russischen Interessen sei man allerdings im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus fest mit den Vereinigten Staaten verbunden. Mit Blick auf Nordkorea bestünden solche Spannungen allerdings nicht. Russland stehe ohne Vorbehalt hinter dem Ziel, die Entwicklung von Kernwaffen auf der koreanischen Halbinsel zu verhindern. Nur müsse man sich auf friedliche und diplomatische Mittel berufen. Auch einen Sturz des nordkoreanischen Regimes würde Russland nicht unterstützen, da dies zu einem militärischen Konflikt in der Region führen könne. Für eine südostasiatische Freihandelszone sei die Zeit in Russland noch nicht reif. Zunächst müssten die Amerikaner einem russischen Beitritt zur Welthandelsorganisation zustimmen.

Dr. Toshihiro Nakayama (Japan), außerordentlicher Professor am *Department of International and Cultural Studies* des *Tsuda Colleges* und Wissenschaftler am *Japan Institute of International Affairs*, beschrieb zunächst die drei Säulen der aktuellen japanischen Außenpolitik. Diese seien die Beziehung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, die Beziehungen zwischen Japan und dem Rest Asiens und die japanischen Bestrebungen, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erlangen. Sowohl die Verbesserung der Beziehungen mit den Staaten des asiatischen Kontinents als auch der Versuch, in den Weltsicherheitsrat zu gelangen, seien jedoch in letzter Zeit nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Folglich herrsche in Japan ein Konsens zur Verbesserung der Allianz mit den Vereinigten Staaten. Fraglich sei nur das Ausmaß einer solchen Allianz. So sei die Öffentlichkeit gespalten zwischen „Anti-Americanism Light“ und der „Never-Been-Better-Crowd“. Anti-Amerikanismus sei in Japan noch lange keine etablierte politische Stimmung, sondern beschränke sich auf die Kritik an der jüngsten amerikanischen Außenpolitik. Vor allem in Regierungskreisen sei man sich sogar einig, dass die Beziehung zu den Vereinigten Staaten generell nicht besser sein könnte. Betrachte man die amerikanische Außenpolitik in Südostasien, so fehle den Vereinigten Staaten allerdings ein multilateraler Ansatz. Zwar sei der Prozess zur Bildung einer regionalen asiatischen Gemeinschaft langsam und entsprechend frustrierend für Washington, jedoch erschwere eine bilaterale Außenpolitik mit den asiatischen Staaten die Verwirklichung amerikanischer Ambitionen in der Region. Auch der verstärkte Fokus der Vereinigten Staaten auf den Nahen Osten könne das Erreichen dieser Ziele erschweren. Eine positive Folge dieses Perspektivenwechsels seien jedoch die Sechs-Parteien-Gespräche über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm.

Dr. Yang Bojiang (China), Direktor des *Institute for Japanese Studies* und der *Division for Korean Peninsula Studies* am *China Institute of Contemporary International Relations*, erkannte drei positive Entwicklungen in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Asien. So stärkten die Amerikaner ihre bilateralen Allianzen in der Region und intergrierten auch aufsteigende Nationen, wie China. Des Weiteren wähle man in Asien einen multilateralen und zudem weitaus friedlicheren Weg als in anderen Regionen der Welt. Zuletzt entwickle

die amerikanische Administration ein zunehmend besseres Verständnis für die politischen Prozesse in Südostasien. Der Weg zu einer neuen politischen Ordnung in Asien sei für China jedoch voller Unsicherheiten. Nur die definitive Abkehr von traditionellen politischen Strategien sei für das Reich der Mitte gewiss. So sehe man als einzig mögliche Zukunft ein multilateral und regional ausgerichtetes Asien. Dementsprechend wäre es wünschenswert, dass die Vereinigten Staaten ihre bilateralen Allianzen auch für Drittländer öffneten. Mit Blick auf das abgekühlte Verhältnis zu Japan erkenne man ein Zeitfenster während der anstehenden Präsidentschaftswahlen, in dem man sich eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen erhoffe. Einige erfolgreiche Übereinkünfte zwischen den Außenministern beider Staaten ließen entsprechenden Optimismus zu. Generell hätten die Verwicklungen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten den Chinesen Raum für einige diplomatische Erfolge gelassen. So seien zum Beispiel die politischen und strategischen Fortschritte der *Shanghai Cooperation Organization* eine positive Quelle für Stabilität in der Region.

Dr. Yuan-Kang Wang (Taiwan), Dozent am *Department of Diplomacy* der *National Chengchi University*, erklärte, dass die amerikanische Außenpolitik in Asien durchaus Raum für Fortschritte offenhielte. So konzentriere man sich in Washington viel zu sehr auf den Nahen und Mittleren Osten. Stattdessen solle man seine Aufmerksamkeit lieber den beiden aufsteigenden Mächten China und Indien widmen. Ansonsten laufe man Gefahr, in einem dynamischen und wachsenden Asien eine Vielzahl von Ressourcen zu verlieren. Auch die Politik gegenüber Taiwan sei durchaus verbesserungswürdig. Die öffentliche Kritik George W. Bushs an Präsident Chen Shui-Bian sei ein negatives Beispiel für eine schwierige, durch Emotionen belastete Kommunikation zwischen beiden Staatschefs. Jedoch glaube man mittel- und langfristig in Taiwan an ein gutes Verhältnis zwischen beiden Nationen, teile man doch die selben Grundwerte. Vor allem die Öffentlichkeit habe eine gute Meinung von den Amerikanern und sehe die Vereinigten Staaten oft als ein Vorbild für ihr eigenes Land. Allerdings schreibe man der amerikanischen Außenpolitik auch teilweise Doppelmoral und imperialistische Selbstherrlichkeit zu.

Dr. James Tang (Hong Kong), Dekan der Sozialwissenschaften an der *University of Hong Kong*, beschrieb die Haltung der Öffentlichkeit in Hong Kong als grundsätzlich pro-amerikanisch. Jedoch tendiere man gelegentlich dazu, internationale Angelegenheiten aus dem Blickwinkel eines chinesischen Nationalisten zu beurteilen. So sei man stolz auf den Erfolg Chinas und freue sich über dessen wachsenden Einfluss in der Welt. Andererseits stehe man den zahlreichen Fällen von Korruption und Menschenrechtsverletzungen im Reich der Mitte jedoch kritisch gegenüber. Ähnliche Zwiespältigkeit herrsche bezüglich einer wachsenden Mitwirkung der Vereinigten Staaten in Südostasien. Zwar wünsche man sich einen raschen Demokratisierungsprozess in der Region, sehe jedoch ungerne ein verstärktes Drängen in diese Richtung seitens der amerikanischen Regierung.